

**AUSSENDUNG uniko 30.4.2010**

**uniko-Präsident Sünkel: „Brauchen Uni-Zugangsregelung für Herbst 2010“**

Der heute beschlossene Ministerratsvortrag und die darin erkennbare Bereitschaft der Regierungsparteien, eine grundlegende Neuregelung des Hochschulzugangs in Angriff zu nehmen, wird von der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) grundsätzlich begrüßt. „Es kann jedoch nicht sein, dass sich die Koalitionsparteien für diese neue Regelung ein weiteres Jahr Zeit nehmen und ein Wirksamwerden erst für das Studienjahr 2011/12 anpeilen“, erklärt dazu der Präsident der Universitätenkonferenz, Rektor Hans Sünkel. „Wir brauchen so rasch wie möglich eine Lösung der seit Jahren bekannten Zugangsproblematik; diese muss ehest möglich in Kraft treten.“

Sünkel weist darauf hin, dass sich die in der UG-Novelle verankerte Regelung mit den Studieneingangsphasen als „weitgehend unbrauchbar“ herausgestellt hat. „Die sogenannten Notfallparagrafen waren von Anfang an ein fauler Kompromiss der Regierungsparteien und haben wenig zur Verbesserung der angespannten Situation an den Universitäten, insbesondere in den Massenfächern, beigetragen“, betont Sünkel. „Die Mitglieder der Regierungsparteien mögen bitte endlich zur Kenntnis nehmen, dass ‚unvertretbare Studienbedingungen‘ nicht allein vom Zustrom ausländischer Studierender im Allgemeinen und deutscher Numerus-Clausus-Flüchtlinge im Besonderen abhängen.“

Für Kapazitätsüberlegungen sei es, so Sünkel, völlig bedeutungslos, ob zu viele inländische oder zu viele ausländische Studierende die Grenzen der Machbarkeit sprengen. Schließlich könnten die derzeit stattfindenden, nicht mehr weiter tolerierbaren Verdrängungseffekte innerhalb des tertiären Bildungssystems künftig nur dann hintangehalten werden, wenn für den gesamten Hochschulsektor einheitliche Zugangsregelungen bestehen.

Die wohl begründete Annahme, dass sich der Andrang von Studierenden aus Deutschland ab 2011 durch die doppelten Abiturientenjahrgänge weiter deutlich erhöhen wird, macht den Handlungsbedarf mehr als offenkundig. Die uniko erneuert daher einmal mehr ihre Forderung nach einer raschen, dauerhaften und grundsätzlichen Regelung des Hochschulzugangs und verlangt die Abkehr von der bisherigen Praxis eines gesetzlichen Flickwerks mit völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen.

Rückfragehinweis:  
Manfred Kadi  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit  
Österreichische Universitätenkonferenz  
Lichtensteinstraße 22  
1090 Wien  
Tel.: +43 (0)1 310 56 56 - 24  
Fax: +43 (0)1 310 56 56 - 22  
Email: [manfred.kadi@uniko.ac.at](mailto:manfred.kadi@uniko.ac.at)  
Homepage: [www.uniko.ac.at](http://www.uniko.ac.at)